

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
186 · Ausgabe Region Bern · Jan. 2020



STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2020

Ja zum Kauf des Gaswerk-Areals

NICHT NUR AUF BUNDESEBENE KOMMT AM 9. FEBRUAR EINE WICHTIGE WOHNPOLITISCHE VORLAGE ZUR ABSTIMMUNG. IN BERN ENTSCHEIDEN DIE STIMMBERECHTIGTEN, OB DIE STADT DAS GASWERK-AREAL KAUFEN KANN. DAMIT BESTIMMEN SIE AUCH ÜBER DIE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG DIESES GRUNDSTÜCKS IM ZENTRUM DER STADT BERN. Michael Sutter, Stadtrat Bern

Auf dem Gaswerk-Areal, das oberhalb des Marzilbads an der Aare liegt, wurde früher aus Kohle Gas gewonnen. Es gehört dem städtischen Energieunternehmen Energie Wasser Bern (ewb) und wird heute nicht mehr für die Energieversorgung genutzt, sondern dient vor allem als Parkplatz und Abstellfläche. Mit der Dampfzentrale und dem Gaskessel befinden sich auf dem Areal zwei wichtige Kultureinrichtungen. Entlang der Aare lockt ein beliebtes Naherholungsgebiet vor allem im Sommer viele Menschen an.

Naturnahe Grünräume und ein lebendiges Stadtquartier

Für die Stadtentwicklung bietet das Gaswerk-Areal eine grosse Chance. Während die Grünräume entlang der Aare erhalten bleiben und als attraktiver Park für die ganze Bevölkerung zugänglich werden sollen, ist entlang der Sandrainstrasse ein durchmisches, dichtes und lebendiges Stadtquartier geplant, das neben viel Wohnraum auch Platz für Gewerbe und Kultur bietet. Der Gaskessel und die Dampfzentrale können ihren Betrieb an den heutigen Standorten weiterführen.

Preisgünstiger Wohnraum im Zentrum

Um die Wohnungsnot in Bern zu lindern und den steigenden Mieten entgegenzuwirken, hat die Stadt unter der Federführung von SP-Gemeinderat Michael Aebbersold eine Wohnoffensive gestartet. Die Stadt setzt dabei auf eine aktive Bodenpolitik, bei der sie auch selber Grundstücke und Immobilien kauft, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Auch auf dem Gaswerk-Areal sollen in erster Linie preisgünstige Wohnungen entstehen. Rund die Hälfte des Baubereichs ist für Wohnbaugenossenschaften reserviert. Daneben will die Stadt aber auch selber Wohnungen bauen und günstig vermieten.

Kauf des Areals als erster Schritt

Damit auf dem Gaswerk-Areal Wohnungen mit fairen Mieten entstehen können, muss die Stadt das Grundstück erwerben. Darüber entscheiden die Stimmberechtigten am 9. Februar. Rund zwei Drittel des Kaufpreises von 30,7 Millionen werden für die Altlastensanierung des Areals verwendet. Die giftigen Rückstände der Gasproduktion müssen in jedem Fall aus dem Boden entfernt werden.

Nur wenn die Stadt das Areal kauft, bleibt die Planungshoheit bei der Stadt und kann

die Bevölkerung darüber entscheiden, was gebaut wird. Um zu verhindern, dass Spekulanten die Wohnungsnot ausnutzen und mit übersteuerten Wohnungen das grosse Geschäft machen, braucht es am 9. Februar 2020 ein Ja zum Grundstückerwerb Gaswerkareal.

Die Stadt setzt auf eine aktive Bodenpolitik, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

PAROLEN SP STADT BERN

An der Delegiertenversammlung vom 13. Januar hat die SP Stadt Bern folgende Parolen für die städtischen Abstimmungen vom 9. Februar 2020 gefasst:

- Sanierung und Erweiterung Volksschule Bethlehemacker: JA
- Gaswerkareal: Grundstückerwerb: JA
- Überbauungsordnung Untermattweg 8: JA
- Gesamtsanierung Monbijoustrasse: JA



Die Energiewende findet in den Gemeinden statt!

DIE ABSCHALTUNG DES KERNKRAFTWERKS MÜHLEBERG BEDEUTET EINE DEUTLICHE ZÄSUR IN DER SCHWEIZERISCHEN ENERGIEPOLITIK. DIESE ZÄSUR MUSS NUN ABER MIT HOCHDRUCK DAZU VERWENDET WERDEN, DIE ERNEUERBAREN ENERGIEQUELLEN IN DER SCHWEIZ MASSIV AUSZUBAUEN, UM SO DROHENDEN IMPORTEN VON MISCHSTROM AUS DEM AUSLAND VORZUBEUGEN.

Eigentlich sind die Voraussetzungen dafür gegeben, denn die Energiewende ist in aller Munde. Bloss: Darüber zu sprechen reicht nicht. Es braucht die Energiewende JETZT! Auf kantonaler und nationaler Ebene geht wertvolle Zeit verloren, weil sich Ewiggestrige und Ölobbyisten nach wie vor einbringen, weil sie beeinflussen und mitbestimmen können. Deshalb muss die Energiewende in den Gemeinden, den Quartieren, vor unserer Haustür und in unseren vier Wänden gepusht und umgesetzt werden. Damit dies gelingt, braucht es die Mitarbeit aller. Diese Mitarbeit bedeutet vor allem ein Umdenken. Ein Umdenken von jeder Bürgerin und jedem Bürger und damit nicht weniger als einen gesellschaftlichen Wandel.

Handlungsspielraum der Gemeinden

Natürlich, den Gemeinden kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Während meiner sechsjährigen Tätigkeit als Gemeindepräsident von Wohlen habe ich festgestellt, dass uns GemeindepolitikerInnen grundsätzlich Vertrauen geschenkt wird. Wir Gemeinden können selber Projekte an die Hand nehmen und aktiv vorangehen. Das tun wir in Wohlen. Neue Wärmeverbünde auf Holz- und Flusswasserbasis entstehen, die gemeindeeigenen Liegenschaften werden mit erneuerbaren Energieträgern beheizt, die Elektromobilität wird gefördert, die Photovoltaikanlagen



Bänz Müller,
Gemeindepäsident
Wohlen

nehmen ständig zu, unser Solarkraftwerk produziert immer mehr Solarstrom.

Der lokalen SP kommt bei diesen Projekten eine wichtige Rolle zu. Sie kann diese einerseits durch Petitionen oder Initiativen anstossen und ihnen andererseits im Prozess selber durch Mund-zu-Mund-Propaganda in der Gemeinde die nötigen Mehrheiten verschaffen. So haben wir der SP Wohlen ein Solarreglement zu verdanken, welches die Gemeinde zum Bau von Solaranlagen verpflichtet. Dank der oben erwähnten Wärmeverbünde können in Wohlen jährlich 4000 Tonnen CO₂ eingespart werden – dies entspricht 1,2 Millionen Liter Erdöl.

Entschlossenes Handeln und restriktive Vorgaben

In diesen sechs Jahren musste ich jedoch ebenso feststellen, dass die Energiewende alles andere als selbstverständlich ist. Immer wieder entschied am Ende halt doch

der Preis, welcher zu oft für eine neue Ölheizung sprach, obwohl der Preisvergleich nicht wirklich fair war. Die Erdöllobby hat bisher einen ausgezeichneten Job gemacht – aus ihrer Sicht. Dem gilt es zukünftig entschlossen entgegenzutreten. Auf Stufe Gemeinde, Kanton und Bund. Erneuerbare Energien sind zu fördern, fossile zu untersagen oder mit Strafgebühren zu belegen. Die Dekarbonisierung muss konsequent unterstützt werden.

Die Gemeinden müssen dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und eigene Projekte konsequent umsetzen. Zusätzlich braucht es restriktive Vorgaben. Ich habe mich längst von der Idee verabschiedet, dass freiwilliges Engagement und Handeln genügt. Es braucht übergeordnete Bestimmungen, sonst kommen wir nicht vorwärts.

Deshalb: Lasst uns Windräder bauen, Photovoltaikanlagen, Wärmeverbünde auf erneuerbarer Basis, die Elektro- und Wasserstoffmobilität fördern, den ÖV ausbauen und vieles mehr, um so der Klimaüberhitzung konkret und wirkungsvoll entgegenzuwirken; als Individuum, als Gruppe, als Gemeinschaft, als Gemeinde, als Kanton, als Nation.

Erneuerbare Energien sind zu fördern, fossile zu untersagen oder mit Strafgebühren zu belegen.

GEMEINDEINITIATIVE «BEZAHLBARES WOHNEN IN MURI-GÜMLIGEN»

«Unser Anliegen stiess auf viel Sympathie»

Peter Pfliugschütz, Lokalmitteln Muri-Gümligen

PREISGÜNTIGER WOHNRAUM IST UND BLEIBT OBEN AUF DER POLITISCHEN AGENDA: NACH BERN UND KÖNIZ FOLGT NUN DIE ÜBERPARTEILICHE GEMEINDEINITIATIVE «BEZAHLBARES WOHNEN IN MURI-GÜMLIGEN». KOMITEEMITGLIED RAPHAEL RACINE (SP) WILL VERHINDERN, DASS MURI-GÜMLIGEN NUR NOCH WOHLHABENDEN PERSONEN OFFENSTEHT. Interview: Marieke Kruit

Nur die Hälfte der Sammelfrist habt ihr gebraucht, um die Initiative einzureichen. Wart ihr erstaunt über den grossen Zuspruch?

Erstaunt nicht, aber erfreut, dass die Unterschriftensammlung so gut lief. Umso mehr, als unsere Gemeinde bürgerlich-liberal geprägt und die FDP besonders im Ortsteil Muri stark verankert ist. In Gümligen stiess unser Anliegen auf viel Sympathie. Es war entsprechend leicht, in der Begegnungszone Turbenweg vor dem Coop/Migros Unterschriften zu sammeln. Zudem verschickten wir den Unterschriftenbogen an alle Haushalte von Muri-Gümligen. Das war ein cleverer Schachzug, da dadurch rund die Hälfte der Unterschriften zurückkam. Viele auch aus dem Ortsteil Muri.

Welche eigenen thematischen Schwerpunkte habt ihr in eurer Initiative gesetzt?

Unsere Initiative lehnt sich stark an den Gegenvorschlag zur Wohninitiative in Köniz an. Ein Unterschied ist lediglich, dass wir nicht 20 bis 40 Prozent dem preisgünstigen Wohnungsbau vorbehalten wollen, sondern «mindestens 20 Prozent». Mit dieser leichten Entschärfung tragen wir dem Umstand Rechnung, dass es bei uns viele liberal gesinnte Stimmbürgerinnen und -bürger gibt. Denen wollen wir mit einer moderaten Initiative entgegenkommen.

Wie ist in Muri und Gümligen die Situation auf dem Wohnungsmarkt?

Schwierig. Mit unserer Initiative wollen wir verhindern, dass unsere Gemeinde nur noch wohlhabenden Personen offensteht. Es gibt viele Wohnungen im oberen Preissegment. Und der Druck auf die Mieten wird weiter steigen. Denn nächstes Jahr sinken bei uns die Steuern – nicht zuletzt auf Druck der FDP. Das zieht Besserverdienende an, die sich hohe Mieten leisten können. Entsprechend wird sich das Wohnangebot ausrichten.

«Mit unserer Initiative wollen wir verhindern, dass unsere Gemeinde nur noch wohlhabenden Personen offensteht.»

INITIATIVE IN MURI-GÜMLIGEN

Lanciert haben die Gemeindeinitiative die SP und die Grünen. Dem Komitee gehören aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Lokalpartei Forum, der EVP und Parteilose an. Im Parlament dürfte die Initiative deshalb nur von der FDP und der SVP abgelehnt werden, die zusammen 22 von 40 Sitzen besetzen. Das Parlament muss die Initiative bis spätestens im Oktober behandeln. Die Volksabstimmung findet im Dezember 2020 oder Anfang 2021 statt.

GRÜNES LICHT VOM BUNDESGERICHT

Weiteren Schub haben Wohn-Initiativen auf Gemeindeebene dank dem Bundesgericht erhalten. Es hat entschieden, dass die Stadtberner Initiative weder in unzulässiger Weise in die verfassungsmässig garantierten Eigentumsrechte noch in die Wirtschaftsfreiheit eingreift und auch nicht im Widerspruch zum Mietrecht steht. Mehr als drei Jahre nachdem 72 % der Stimmberechtigten die Initiative angenommen haben, tritt sie nun endlich in Kraft.

Die Einführung von Betreuungsgutscheinen in Jegenstorf



ÜBER BETREUNUNGSGUTSCHEINE FÜR DIE FAMILIENEXTERNE KINDERBETREUUNG (KITAS UND TAGESFAMILIEN) KONNTE DER PRESSE IN DEN LETZTEN MONATEN VIEL ENTNOMMEN WERDEN. JE NACH BLICKWINKEL WURDE DER SYSTEMWECHSEL ALS GUT UND SINNVOLL ODER ALS UNNÖTIG – BEZIEHUNGSWEISE ALS KOSTENTREIBER – KOMMENTIERT. NÜCHTERN BETRACHTET, BIETET ER DURCHAUS CHANCEN, UM DIE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF ZU VERBESSERN.

Der Kanton Bern hat sich entschieden, das System der Betreuungsgutscheine auf den ganzen Kanton auszuweiten, nachdem es vorgängig in der Stadt Bern getestet worden war. In den kommenden zwei Jahren müssen also alle Gemeinden auf Gutscheine umsteigen, wenn sie für die familienergänzende Kinderbetreuung weiterhin Geld vom Kanton erhalten wollen.

Damit die Elternbeiträge unabhängig von den Angeboten und dem Wohnort vergleichbar sind, orientiert sich die Höhe der Gutscheine am massgebenden Einkommen (bzw. Vermögen) der Eltern und nicht am steuerbaren Einkommen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Schweiz und somit im Kanton Bern auch heute noch kein Spaziergang. Dies belegen die neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Es ist daher höchste Zeit, Bewegung ins System zu bringen.

Die zweijährige Pilotphase kann für die Gemeinden eine Chance sein.



Lydia Baumgartner,
Grossrätin und
Gemeinderätin
Jegenstorf

Der Systemwechsel verbessert für berufstätige Eltern den Zugang zu subventionierten Angeboten in der Kinderbetreuung und stärkt die freie Wahl der Betreuungsorganisationen. Wenn eine Gemeinde Betreuungsgutscheine einführt, entstehen meist neue Kitaplätze und Eltern werden somit schneller zum gewünschten Zeitpunkt einen Kitaplatz finden können, zumal sie nicht an einen Standort gebunden sind. Bereits ausgetestete Modelle in anderen Kantonen haben dies gezeigt.

Möglichst wenig Einschränkungen

Als Gemeinderätin, Ressort Soziales, habe ich mich intensiv mit dem Gutscheinsystem befasst und es war mir ein Anliegen, das System in meiner Gemeinde möglichst ohne Einschränkungen einzuführen. Das gelang dann aber nur bedingt. Die Gemeinde Jegenstorf wird ab kommendem August auf die Betreuungsgutscheine umstellen, leider aber nicht ganz ohne Einschränkung, wie es entsprechend der Empfehlung des Kantons angedacht war.

Im Reglement wurde verankert, dass die Betreuungsgutscheine nur bis zum Eintritt in den Kindergarten oder bei Tagesfamilienorganisationen nur bis und mit 13. Altersjahr ausgestellt werden. Auch behält sich der Gemeinderat je nach Kostenentwicklung vor, nach einer zweijährigen Pilotphase eine finanzielle Deckelung vorzunehmen, sollten die Kosten ins Uferlose driften.

Erster Schritt in die richtige Richtung

Die zweijährige Pilotphase kann für die Gemeinden eine Chance sein, denn ich bin überzeugt, dass sich das Gutscheinsystem schlussendlich für alle auszahlen und eine Deckelung nicht nötig sein wird. Zurzeit fürchten sich noch viele vor einer Kostenexplosion und ich will es nicht schönreden: Betreuungsgutscheine werden mehr kosten als eine Objektfinanzierung, auch sind die Kosten zu Beginn schlecht planbar.

Aber auch wenn eine Gemeinde (und damit auch der Kanton) mehr ausgeben muss, werden die Einnahmen steigen, davon bin ich überzeugt. Einerseits weil mehr Familien profitieren, aber andererseits auch, weil Alleinerziehende und ZweitverdienerInnen in Paarhaushalten erwerbstätig werden können. Dadurch werden die Steuereinnahmen zunehmen und letztendlich auch die Sozialhilfekosten sinken.

Die flächendeckende Einführung der Betreuungsgutscheine ist ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem sind wir noch weit davon entfernt, ein Land mit Vorzeigecharakter im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sein. Neben genügend bezahlbaren Kitaplätzen braucht es auch gut ausgebaute Tagesschulen und Ferienbetreuungsangebote, dafür werde ich mich einsetzen – hoffentlich mit deiner Unterstützung.